

Wer steckt hinter den Berufsverboten?

Wer und was steckt eigentlich hinter der Politik der Berufsverbote. Die Berufsverbote versuchen uns einzureden, daß die Berufsverbote eine ganz selbstverständliche Sache auf der Welt sind, rechtsstaatlich sauber, ein reiner Verwaltungsakt zu Schutze von Freiheit und Demokratie. Politische Interessen, politische Zielsetzungen, die etwas mit der kapitalistischen Wirklichkeit der BRD, mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen in unserem Land zu tun haben, werden von der Regierung, den Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien und den meisten Massenmedien der BRD geleugnet. Dabei ist der Nachweis, daß es eben solche politischen Interessen und Zielsetzungen gibt, gar nicht so schwer zu führen. Man muß nur ein bißchen suchen und es lassen sich zahlreiche politische Ereignisse und Zusammenhänge aufzeigen und deutlich machen, daß die Praxis der Berufsverbote vor allem ein Mittel der Herrschaftssicherung der ökonomisch und politisch Mächtigen unseres Landes sind.

Noch etwas vage und geradezu "treuherzig" schreibt der Bundespostminister Gscheidle in der Zeitschrift "Tribüne":

"Der Erlaß vom 28.01.72 (Ministerpräsidentenerlaß- d.Verf.) fiel in die Zeit der beginnenden wirtschaftlichen Rezession. Und die Berufschancen der jüngeren Generation verschlechterten sich erheblich. Der Beschluß wurde daher bald von vielen unserer Mitbürger auch als Mittel gewertet, kritisch denkende, unbequeme und nicht immer mit der gesellschaftlichen Mehrheit konform gehende junge Menschen von öffentlichen Ämtern fernzuhalten."

Der Ministerpräsidentenerlaß fiel nicht nur in die Zeit einer beginnenden wirtschaftlichen Rezession, er wurde in einer Zeit gefaßt, in der sich auch in der

BRD eine Wende der Politik des Kalten Krieges hin zu einer Entspannung vollzog. Im Zusammenhang mit den großen Diskussionen über die sogenannten "Ostverträge" stellte sich für die Mächtigen der BRD die Frage nach Rolle und Relevanz des Antikommunismus gegenüber den sozialistischen Ländern in veränderter Form. Dies läßt sich u.a. anhand der Debatte des Deutschen Bundestages über die "Ostverträge" vom 23.2.1972 eindeutig belegen. So erklärte der damalige Oppositionsführer Dr. Rainer Candidus Barzel: "Manch einer glaubt- und er wird verwirrt gemacht- daß mit der außenpolitischen Öffnung nach Osten notwendigerweise die innenpolitische Öffnung zum Sozialismus Hand in Hand gehen müsse". Die CDU/CSU- Opposition sah angesichts der Entspannungspolitik also die Gefahr einer innenpolitischen Destabilisierung der BRD, weshalb denn auch G.Schröder (CDU) formulierte: "So ist das Nein zu den Ostverträgen nicht nur eine außenpolitische Aussage, sondern es unterstreicht eine notwendige innenpolitische Haltung".

Die damalige SPD/FDP-Regierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt beschwichtigte die Führung der CDU. "Als Gegenargument hat man nun die Befürchtung geäußert, unsere Entspannungspolitik könne radikalen Kräften auftrieb geben. ... Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß wir mit den kleinen Gruppen von Extremisten in unserem Land fertig werden... Davon verstehen wir in der Regierung und in der Koalition mindestens ebensoviel wie sonst irgendwer in diesem Hohen Haus".

Diese Beispiele mögen zunächst einmal genügen. Auch bei einzelnen Berufsverbotsverfahren kann nachgewiesen werden, daß eine Vielzahl von Personen, Parteien, staatlichen und privatwirtschaftlichen Institutionen bzw. Vereinigungen

en sowie einschlägige Massenmedien ein großes Interesse an einem einwandfreien Funktionieren der Berufsverbotspraxis haben.

Im folgenden werden wir dies dadurch zu belegen versuchen, indem wir einmal alle diejenigen benennen, die sich aktiv für ein Berufsverbot für Hans Peter eingesetzt haben und wir wollen ihren politischen und wirtschaftlichen Verbindungen nachgehen, um zumindest eine mögliche Antwort auf die Frage zu finden, wer in der BRD alles ein Interesse an Berufsverboten hat. Wir sind gerade im "Fall" von Hans Peter auf Verbindungen gestoßen, die sowohl in enger als auch in lockerer Form von den Unternehmerverbänden über Bundesminister, über CDU/CSU bis hinein zu ultrarechten Kreisen der BRD reichen. Die Vielfalt dieser Verbindungslinien hat uns dazu veranlaßt, das folgende Schaubild zu erstellen, das - wenn auch nur höchst unvollständig

und in grober Annäherung - aufzeigt, wie breit gefächert das Kartell der Berufsverbote in der BRD organisiert ist.

Ein weiterer Anlaß, den Verbindungen von denjenigen nachzugehen, die ein Berufsverbot für Hans Peter fordern, war das Interview, das der Bundesdisziplinaranwalt CLAUSSEN noch vor Prozeßbeginn dem ultrarechten "DEUTSCHLANDMAGAZIN" gab. Niemand wird abstreiten, daß die Art und Weise, mit der ein Politiker oder auch nur ein verantwortlicher Beamter in einer bundesweit politisch Aufsehen erregenden Angelegenheit an die Öffentlichkeit geht, Rückschlüsse auf die politischen Absichten und Hintergründe ermöglicht. Claussen wählte das "DEUTSCHLANDMAGAZIN", die Zeitschrift der Deutschlandstiftung. Und wer hinter dieser Deutschlandstiftung steht, verdeutlicht das folgende Schaubild ebenfalls.



DEUTSCHLANDSTIFTUNG (DS)

die DS hat sich unter dem Vorsitz des ZDF-Extremisten G. Löwenthal und unter der Geschäftsführung des Altnazis Kurt Ziesel zu einer Drehscheibe zwischen der Rechtsradikalszene auf der einen und dem rechten Flügel der CDU auf der anderen entwickelt

verleiht den "KONRAD ADENAUER PREIS"

Jahresetat: mindestens 5.000.000 DM

Vorsitz: GERHARD LÖWENTHAL

Chefredakteur des ZDF - Mgazins. Verantwortlich für zahlreiche Fernsehsendungen zur Rechtfertigung der Berufsverbote.

Geschäftsführer:

KURT ZIESEL

Über Kurt Ziesel darf gesagt werden, daß er Kolumnist des "VÖLKISCHEN BEOBACHTERS" war, daß er dort unter dem Kürzel K.Z. blutrünstige Naziartikel schrieb, daß er seine Köchin 1943 anzeigte, wegen einer "GESINNING, DIE REIF FÜR DAS KONZENTRATIONSLAGER IST."

DEUTSCHLANDMAGAZIN (DM)

Der Inhalt wird maßgeblich von K. Ziesel bestimmt.

BUNDESNACHRICHTDIENST (BND)

Der Mann mit Hintergrund

Der Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Claussen gebärdet sich immer undurchsichtig. Unmittelbar vor dem ersten Disziplinarverfahren, das er gegen einen Beamten auf Lebenszeit wegen einer DKP-Mitgliedschaft durchführt, demonstrierte Claussen seine Verbundenheit mit Rechtsextremisten. Dem Postbeamten Hans Peter droht er - obwohl Bundespostminister Kurt Gscheidle an dessen 29-jähriger Amtsführung nichts auszusetzen hat - mit der Entlassung. Selbst aber gab Claussen in seiner Eigenschaft als Bundesdisziplinaranwalt dem rechtsextremistischen "Deutschlandmagazin" ein Interview, um sich ausgerechnet dort gegen die Angriffe zu verteidigen, die auf dem SPD-Parteitag gegen seinen einäugigen Radikalenhaß erhoben wurden.

Für das Extremistenblatt trat als Gesprächspartner Claussens Horst

In politischer (1) bzw. finanzieller Verbindung mit der DS und dem DM standen oder stehen folgende Personen und Firmen (2).

Wirtschaftsrat der CDU

Konrad Adenauer (CDU) Ehrenvorsitzender d. DS

Karl Carstens (CDU) Bundespräsident der BRD

Alfred Dregger (CDU)

Walter Wallmann (CDU) OB von Frankfurt/Main

Hans Maier (CSU) Kultusminister v. Bayern

Franz Josef Strauß (CSU)

Bundesverband Deutscher Arbeitgeber (BDA)

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Flick Konzern

Commerzbank AG

Gerling Konzern

Farbwerke Hoechst

Bayer

Dresdner Bank

Audi/NSU

AEG-Telefunken

Daimler Benz

Grundig

Henkell (Sekt)

Deutsche Bank

Bertelsmann-Verlag

Seewald-Verlag

Rheinischer Merkur

Hans R. Claussen Bundesdisziplinaranwalt

Otto von Habsburg

Heinz Karst Brigadegeneral a.D.

Herbert Kremp

Fritz Münch 1972 Bundestagskandidat der NPD

William S. Schlamm

Beerwald auf, der enge Verbindungen zur rechten Seilschaft im Bundesnachrichtendienst (BND) hält. Claussen hatte im letzten Jahr zwar gegen den damaligen BND-Vizepräsidenten Dieter Blötz (SPD) wegen einer Bett-Geschichte sofort ein Disziplinarverfahren eingeleitet, sich jedoch strikt geweigert, die rechtsradikale Unterwanderung des BND zu untersuchen, nachdem bekannt geworden war, daß der einstige BND-Chef Reinhard Gehlen intime Verbindungen zum Führer der rechtsextremistischen "Deutschen Volksumion" Gerhard Frey unterhielt.

METALL fragte Claussen, ob er auch Freys "Nationalzeitung" ein Interview geben würde. Claussen: „Sprechen wir jetzt Hintergrund, dann kann ich Ihnen gern etwas dazu sagen.“ METALL: „Wir möchten gern Ihre Äußerungen zitieren.“ Claussen: „Nein. Ich kann Ihnen keine zitierbare Äußerung geben.“ Für „nicht zitierfähig“ hielt Claussen auch eine Erläuterung seines Verhältnisses zum Innenministerium („Ich kann es Ihnen als Hintergrund sagen“), dessen Dienstaufsicht er untersteht.

Das Bundesinnenministerium auf die METALL-Frage, ob für Claussen ein Interview mit dem Extremisten-Organ Folgen haben werde: „Nein“. Dies sei lediglich eine „Geschmacksfrage“.

FRIEDRICH ZIMMERMANN

stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion. "KOMMUNISTEN ALS BEAMTE, WIE FÜCHSE IM HÜHNERSTALL"

CDU - PRESSEDIENST

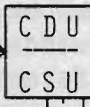
CARL-DIETER SPRANGER MdB CDU/CSU

GÜNTER VOLLMER MdB CDU/CSU

DR. KURT MILTNER MdB CDU/CSU

ULRICH BERGER MdB CDU/CSU

WERNER BROLL MdB CDU/CSU



BAYERNKURIER

Herausgeber: Franz J. Strauß

stellte sich in jeder Beziehung hinter das Treiben des Bundesdisziplinaranwaltes Claussen.

RHEINISCHER MERKUR

fordert angesichts der Kontakte mit den sozialistischen Ländern aufgrund der Entspannungspolitik eine verschärfte antikommunistische Abgrenzung innerhalb der BRD.

SPRINGER PRESSE - DIE WELT

Veröffentlicht vertrauliche Protokolle des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, um die Berufsverbote "moralisch" weiter aufzurüsten.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Uneingeschränktes publizistisches Führungsorgan des deutschen Monopolkapitals. "Vordenkerfunktion" für CDU/CSU und auch für Teile der Bundesregierung.

BUNDESINNENMINISTER BAUM

BUNDESPOSTMINISTER GESCHIEDLE

Bundesregierung ist gegenüber dem Bundesdisziplinaranwalt weisungsbefugt.

Bevor wir auf die Drahtzieher der Berufsverbote genauer eingehen, wollen wir unser Schaubild noch etwas erklären.

In "politischer Verbindung" mit der Deutschlandstiftung heißt, daß die betreffenden Personen entweder Mitglieder der Deutschlandstiftung sind, Beiträge für das Deutschlandmagazin verfaßt haben, oder - wie Claussen - Interviewpartner für das "Deutschlandmagazin" waren.

In "finanzieller Verbindung" mit der Deutschlandstiftung heißt, daß die betreffenden Firmen entweder direkt der Deutschlandstiftung finanzielle Mittel vermacht haben, oder aber mit Anzeigen im "Deutschlandmagazin" finanzielle Unterstützung für Ziesel und Co. gaben.

Die durchgehend (——) markierten Verbindungslinien des Schaubildes markieren direkte politische oder finanzielle Verbindungen.

BEISPIEL: Der Bayrische Kultusminister Hans Maier ist Mitglied der CSU, der Deutschlandstiftung und Mitherausgeber des "Rheinischen Merkurs".

Die unterbrochen (- - -) markierten Verbindungslinien zeigen indirekte Verbindungen an.

BEISPIEL: Die Springerzeitung "Die Welt" ist zwar nicht in Besitz der CDU/CSU, also in diesem Sinne kein Parteiblatt der CDU. Im Berufsverbotsverfahren gegen Hans Peter aber hat "Die Welt" voll und ganz die Linie der CDU vertreten und propagiert.

Die Verstrickungen der im Schaubild genannten Zeitungen in das Berufsverbotsverfahren der Bundesregierung gegen Hans Peter wird auf den nächsten Seiten noch umfassender dargestellt.

Die Angaben über die Deutschlandstiftung und das Deutschlandmagazin sind entnommen aus:

HANS- DIETER BAMBERG,

Die Deutschlandstiftung e.V.

Studien über Kräfte der

"demokratischen Mitte" und des

Konservativismus in der

Bundesrepublik Deutschland.

Meisenheim am Glan, Hain-Verlag, 1978

GESCHILDE

CLAUSSEN

BELEG 2

